

Antrag

Initiator*innen: SPD-Ortsverein Freiberg

Titel: Unvereinbarkeitsbeschluss

Votum der Antragskommission

Debatte

Antragstext

1 Der Landesparteitag der SPD Sachsen möge beschließen und an die SPD-
2 Landtagsfraktion und den Bundesparteitag der SPD weiterleiten:

3 Gliederungen und Fraktionen der SPD werden nicht mit der AfD oder ihr nahen
4 Fraktionen in Kommunalparlamenten zusammenarbeiten. Ungeachtet inhaltlicher
5 Initiativen der AfD würde eine Zusammenarbeit in Sachfragen auf Stadtrats- oder
6 auf Kreisebene zu einer Stärkung der Partei als Ganzes führen.

7 Wir als SPD bekennen uns zu den unveränderbaren Werten unseres Grundgesetzes.
8 Die AfD hat diesen gemeinsamen demokratischen Boden verlassen und folgt
9 zunehmend ihrem einflussreichen rechtsextremen Parteiflügel. Ihren Nährboden
10 zieht die AfD aus kleineren Kommunen. Das Gefühl abgehängt zu sein und wenig
11 Bezug zur Politik bekannter Parteien sorgt für alarmierende Wahlergebnisse. Die
12 AfD ist in zahlreichen Gemeindeparlamenten bereits zweistellig vertreten, sogar
13 bis zu über 20 % in einigen ostdeutschen Gemeinden.

14 Jede:r gewählte Vertreter:in der AfD hat sich bewusst für eine Kandidatur im
15 Wirkungskreis dieser Partei entschieden. Egal wie harmlos Initiativen gewählter
16 AfD-Stadträte oder Kreisräte auch sein mögen, sie eröffnen bei einer
17 Unterstützung die Möglichkeit für eine wachsende Akzeptanz der AfD. Eigene
18 Initiativen sind immer zu bevorzugen und ggf. daneben zur Abstimmung zu stellen.

19 Wir wollen keine Mehrheiten mit Rechtsextremisten, sollten einzelne Vertreter
20 auch noch so „nett“ sein.

Begründung

21 erfolgt mündlich